



Haushalts- und Finanzausschuss

33. Sitzung (öffentlich)

27. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Christoph Filla, Michael Roeßgen, Thilo Rörtgen, Gertrud Schröder-Djug, Uwe Scheidel, Eva-Maria Bartylla, Simona Roeßgen, Dr. Hildegard Müller, Heike Niemeyer, Otto Schrader, Franz-Josef Eilting (Federführung)

Verhandlungspunkte:

Seite

- | | | |
|-----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) und
Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)

Gesetzentwürfe der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2302 | 1 |
| a) | 1. Ergänzungsvorlage der Landesregierung

Drucksachen 14/2850 und 14/2884

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen | 1 |

Die Wortbeiträge der Sachverständigen beginnen jeweils auf folgenden Seiten:

Institution	Redner/in	Stellungnahmen	Seiten
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	Dr. Rainer Kambeck	14/706	2, 4, 7, 9, 12, 16, 19, 28
	Heinz Gebhardt		4, 5, 8, 13, 17
Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Landesverband NRW	Hans-Werner Kaldenhoff	-	17, 18
DGB, Bezirk NRW	Guntram Schneider	-	18, 20, 21
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW	Dr. Uwe Becker	14/701	22
	Andreas Johnsen		23
	Dr. Moritz Linzbach		24, 25, 26

Weitere Stellungnahmen: 14/698, 14/699, 14/702, 14/703

Seite

b) 2. Ergänzungsvorlage der Landesregierung 29

Drucksache 14/2990

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von StS Angelika Marienfeld (FM) 29

- Aussprache 32

2 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen 35

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2574

Ausschussprotokoll 14/290

Der Ausschuss **verzichtet** einvernehmlich **auf ein Votum** an den federführenden Ausschuss.

3 Umsteuern beim „Solidarpakt Ost“ – Belastungen der NRW-Kommunen angemessen berücksichtigen 36

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2484

In Verbindung damit:

Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen – Mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2542

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2747

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, den Antrag **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss abzugeben.

daran anschließender Fragen. Insofern sollte man da noch einmal in den Diskurs treten, ob nicht über eine nachgelagerte Berichtspflicht seitens der Landesregierung hinaus auch eine andere Form der Beteiligung, nämlich eine vorgelagerte Beteiligung des HFA, sinnstiftend wäre.

Vorsitzende Anke Brunn: Das sind ja alles Anmerkungen, die sich nicht dagegen richten, dass man eine solche Regelung trifft, sondern die danach fragen: Wie erfolgt eine geeignete Beteiligung des Parlaments? Die müssen wir noch entwickeln. Wenn ich es richtig verstehe, sind Sie, Frau Staatssekretärin, selber daran interessiert, hier zu berichten.

Zunächst einmal müsste zu einem geeigneten Zeitpunkt in vertraulicher Sitzung – wie in Bürgerschaftsangelegenheiten üblich – darüber berichtet werden. Schön wäre es, wenn das im Vorfeld geschieht. Wir müssten dann überlegen, wie man das generalisieren kann. Ich denke, am meisten macht es Sinn, das am konkreten Fall zu tun.

StS Angelika Marienfeld (FM): Wir würden das gerne aufgreifen, dass wir hier vorab rechtzeitig unterrichten, sobald sich irgendwo etwas tut. Dann wäre ich aber auch dankbar dafür, wenn man ein handhabbares Verfahren untereinander verabredet; denn wir berichten ja auch nicht über jede Bürgerschaft. Wir sollten vielleicht diesen Fall zum Lernen nehmen und klären, wie wir da miteinander umgehen.

Vorsitzende Anke Brunn: Damit bin ich am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Wir greifen das Thema am Donnerstag wieder auf und verständigen uns nach Möglichkeit vorher unter den Obleuten über das weitere Verfahren zu diesem Themenkomplex.

2 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2574

Ausschussprotokoll 14/290

Vorsitzende Anke Brunn merkt an, federführend sei hier der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, der seine Beratungen am 29. November abschließen wolle. Insofern müsste der HFA heute sein Votum dazu abgeben. Nach ihren Informationen habe der HFA aber nicht das Bedürfnis, darüber abzustimmen.

Der **Ausschuss** verzichtet einvernehmlich auf ein Votum an den federführenden Ausschuss.

Harald Schartau (SPD) bemerkt zu dem Gesetzentwurf, er halte die Aussage in der Einleitung des Gesetzentwurfs unter Punkt D „Kosten“, dass es höchstwahrscheinlich zu Einsparungen kommen werde, denen aber ein deutlich geringerer Anpassungsaufwand gegenüberstehe, für sehr prosaisch. Es gehe bei dem Gesetz eigentlich um die

Straffung der Behördenstruktur. Wenn diese aber doch Kostenauswirkungen habe, sollte man sich damit ein bisschen detaillierter befassen, um zu sehen, ob die Bürger des Landes auch unter finanziellen Gesichtspunkten von dieser Behördenstraffung etwas hätten.

3 Umsteuern beim „Solidarpakt Ost“ – Belastungen der NRW-Kommunen angemessen berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2484

In Verbindung damit:

Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen – Mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2542

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2747

Vorsitzende Anke Brunn teilt mit, federführend sei der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform. Die Mitberatungsfrist ende am 29. November 2006. Es bestehe im federführenden Ausschuss die Absicht, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

gez. Anke Brunn
Vorsitzende

ba/28.11.2006/28.11.2006

355